

2012-09-15 04:20:24

## Wehrpflicht für einen Papiertiger

"Die Presse" vom 15.09.2012

Seite: 31 Ressort: Feuilleton red

Österreich, Abend, Österreich, Morgen

### Wehrpflicht für einen Papiertiger

Die Bundesheer-Story. Es begann nach 1945 als "B-Gendarmerie" - zum Grenzschutz. Bei zwei Krisen in der Nachbarschaft hatte das Heer Glück - 1956 und 1968.

Die Sache war den Herren Ministern (Frauen hatten noch keinen Platz am Kabinettsstisch) genau zwei Minuten wert: Soll Österreich, wenn es von den Besatzungsmächten in die Freiheit entlassen wird, **eine** Armee haben? Am 13. Mai 1947 diskutierte man das kurz und kam einhellig (Schwarz, Rot, KPÖ) zu dem Schluss, den Außenminister Karl Gruber (V) so formulierte: "Wer heute die Idee hat, kein Heer wäre notwendig, ist unmöglich." Und sein sozialistischer Kollege, der Innenminister Oskar Helmer, assistierte: "Wenn man es durchführen könnte, dass wir kein Heer haben, so wäre dies ja ganz schön. Aber auf der anderen Seite fragt es sich, ob dauernd fremde Soldaten unsere Grenzen bewachen sollen . . ."

Zunächst ein "Heeresamt"

Grenzschutz also. Der stand am Beginn aller Überlegungen in Österreich, das von den vier alliierten Siegermächten des 2. Weltkriegs besetzt (und überwacht und geschützt) war. Schon wenige Monate nach Kriegsende 1945 hatte Karl Renner (S) im einstigen Militärkasino an der Ringstraßen-Ecke des Schwarzenbergplatzes ein "Heeresamt" eingerichtet, das von den Alliierten aber rasch verboten wurde. In geheimen Gesprächen verabredete daraufhin VP-Kanzler Leopold Figl mit dem letzten Generalstabschef vor 1938, General Alfred Jansa, dieser möge an die Spitze des Heeres treten, wann immer das sein werde. Es dauerte - obwohl es schon 1947 einen Vorentwurf zum späteren Staatsvertrag gab, wie uns die Protokolle des Ministerrates dankenswerterweise wissen lassen. In diesem Jahr verwarfen die Minister - ebenfalls einhellig - die Idee eines Berufsheeres. Das wäre ja **eine** "Söldnerarmee", argumentierten die SP-Vertreter, so etwas komme überhaupt nicht in Frage: Habe man aus dem Bürgerkrieg 1934 gar nichts gelernt, als das (kleine) Berufs-Bundesheer die Sozialdemokraten beschossen hatte?

Aufgerüstetes Gendarmeriekorps

Also warteten die Österreicher. Irgendwann müsse es ja doch zu einem Friedensvertrag mit Deutschland und dem kleinen Österreich kommen. Sie warteten von 1945 bis 1955. Aber sie blieben nicht untätig: Wenn schon keine Armee, dann eben ein gut trainiertes, gut gerüstetes Gendarmeriekorps als Kern **für** ein späteres stehendes Heer. **Eine** "Bereitschafts"-Truppe, verschleiern "B-Gendarmerie" bezeichnet. Am 28. Oktober 1953 wurde im Innenministerium **eine** eigene Abteilung **für** die B-Gendarmerie geschaffen, wodurch sie von der zivilen Bundesgendarmerie getrennt wurde.

Zu dieser Zeit umfasste diese Truppe, geführt von Wehrmachts-Offizieren, läppische 4100 Mann. Ein Berufsheer war das, genau das Gegenteil von dem, was später kommen sollte. Immerhin schuf man in den nächsten zwei Jahren zehn Gendarmerieschulen, zwei Fahreinheiten, **eine** Abteilung D - ein mit den USA geführtes Versorgungslager -, zwei Telegrafenschulen und **eine** Ausbildungsabteilung **für** künftige Offiziere.

Sorge um Militär-Vakuum

Warum es mit dem Staatsvertrag so lange dauerte, hat ursächlich mit diesem Heer zu tun. Im Kalten Krieg, der gleich nach 1945 ausgebrochen war, belauerten einander die beiden Supermächte USA und UdSSR argwöhnisch. Der Riss, der sich zwischen der freien westlichen Welt und dem Sowjetkommunismus auftat, zog sich just durch Österreich. Der Ostteil könne, so fürchtete die USA, jederzeit von den Sowjets "inhaliert" werden, wie das mit der DDR passierte. Ohne österreichische Armee sei das Land Moskau schutzlos ausgeliefert.

Dass die Russen gar nicht daran dachten, Österreich in zwei Teile zu spalten, wissen wir heute. Das Land als "Sperrriegel" zwischen den beiden Nato-Staaten Bundesrepublik Deutschland und Italien war der UdSSR strategisch weitaus zuträglicher. In den Werken der Zeitgeschichtler Gerald Stourzh und Manfred Rauchensteiner werden diese Überlegungen Moskaus ausführlich geschildert.

Was stand "zu Gebote"?

Erst als sich die Österreicher im April 1955 in dreitägigen Verhandlungen in Moskau zu einer "immerwährenden Neutralität nach dem Muster der Schweiz" verpflichtet hatten, waren die Sowjets zufrieden und entließen das Land in die volle Souveränität. Dafür musste sich Österreich verpflichten, "mit allen zu Gebote stehenden Mitteln" diese Unabhängigkeit selbst zu verteidigen. **Eine** Lücke im Gesetzestext: Denn welche Mittel "zu Gebote" standen - und stehen -, das kann je nach Belieben interpretiert werden.

Und genau so kam es dann auch. Am 8. Juli 1955 fiel das alliierte Verbot der militärischen Betätigung; am 27. Juli 1955 trat der Staatsvertrag in Kraft, die 6000 B-Gendarmen hießen nun "Grenzschutzabteilung".

Personalprobleme gab es schon damals. Denn der Staatsvertrag verbot dem neuen Heer die Anwerbung von ehemaligen Wehrmachtsoffizieren, zumindest ab dem Dienstgrad "Oberst" oder höher. Mit stillschweigender Duldung gab es **für** 16 Betroffene **eine** Ausnahme.

Der Ungarn-Aufstand

Am 15. Oktober 1956 rückte der erste Jahrgang von Präsenzdienern in die Kasernen ein. Drei Wochen später war der Teufel los. In Ungarn erhob sich das Volk gegen das kommunistische Regime, die sowjetische Besatzungsmacht schoss den Aufstand mit Brachialgewalt unter Einsatz von Panzern zusammen. Vom 4. bis 15. November tobten die Kämpfe.

Um den Sowjets zu signalisieren, dass Österreich kein Übergreifen der Kämpfe auf eigenes Territorium dulden werde, schickten Außenminister Leopold Figl und Verteidigungsminister Ferdinand Graf (beide V) 2740 Soldaten an die burgenländische Grenze. Auf fremde Soldaten, egal ob ungarische oder russische, sei das Feuer zu eröffnen, lautete der Befehl. Es kam aber zu keiner Grenzverletzung.

Und trotzdem wurde Österreich von den Sowjets kritisiert: Grund war die Hilfe, die die Österreicher den ungarischen Flüchtlingen angedeihen ließen. Rund hunderttausend Ungarn kamen im November über die ungarisch-burgenländische Grenze nach Österreich. Viele junge Familien waren darunter, ohne jedes Hab und Gut. Bald waren die Notunterkünfte hoffnungslos überfüllt, Staatssekretär Bruno Kreisky (S) appellierte an die Welt, ungarische Flüchtlinge aufzunehmen. So konnte rund ein Viertel ins westeuropäische Ausland weitergeleitet werden. Die Kritik aus Moskau: Österreich habe **für** die "antisowjetischen Kräfte" in Ungarn Partei ergriffen und so seine Neutralitätsverpflichtung verletzt.

Die CSSR-Krise

Zwölf Jahre später war die Lage noch brenzlicher. Im Jänner 1968 kam in Prag der

Reformkommunist Alexander Dubcek ans Ruder, **eine** vorsichtige Liberalisierung alarmierte den "befreundeten" Ostblock. **Eine** militärische Intervention des Warschauer Pakts stand im Raum.

Als die Sowjets dann losschlugen, musste der österreichische Bundeskanzler erst mit der Gendarmerie im Ferienhaus ausfindig gemacht werden, das Bundesheer stand zur Grenzsicherung bereit, aber Außenminister Kurt Waldheim verlangte, dass ein Sicherheitsabstand von 30 Kilometern eingehalten werden müsse. Als dann die Panzer in Prag rollten und sich die Tschechen mit allen Kräften gegen die Eindringlinge wehrten, konnte Österreich nur abwarten. Das Fehlen heimischer Soldaten direkt an der Grenze zog einen massiven Vertrauensverlust der Bevölkerung in das Bundesheer nach sich.